

Der Islam ist längst bei uns angekommen



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Es mögen wohl 20 Jahre her sein, als unser Zentralvorstandsmitglied Bruno Schatz einen Vortrag zur Islamisierung der Schweiz gehalten hat. Wir Schweizer Demokraten waren damals weit und breit die einzigen, welche vor den Folgen der Islamisierung unsers Landes warnten. An eine wichtige Aussage von damals mag ich mich noch gut erinnern. Bruno Schatz sagte, dass vor längerer Zeit der kriegerische Islam bereits einmal vor den Toren Wiens stand. In der Folge hat sich dann dieses Problem durch Kriege wieder etwas entschärft. Heute geschieht diese Islamisierung mit der Einwande-

POSTCODE

AZB 3001 Bern

rung auf sogenannte «friedlichem Weg».

Vor 20 Jahren warnten wir vor allem vor den vielen Einwanderern mit islamischer Kultur, die vom Balkan her kamen. Und es wanderten in den Folgejahren ja auch Tausende solcher Leute ein. Ein Grossteil dieser Ausländer war gemässigt oder gar nicht religiös, einige aber zählten zu den Hard-

core-Islamisten und diese sind gefährlich für uns. **Inzwischen leben Hunderttausende von Menschen islamischen Glaubens bei uns in der Schweiz und Millionen in Europa und dies einzig und allein nur deshalb, weil die Mehrheit nicht genug von der Einwanderung bekommen konnte.** Im Hintergrund ging es eigentlich fast immer nur um das grosse «Manna», also das viele Geld, das wir mit diesen Leuten angeblich verdienen würden. Worte wie Übervölkerung oder Überfremdung – das Wort Überfremdung passt treffend zu diesem Problem – waren kaum ein Thema. Ja, man wurde noch als Extremist verschrien, wenn man sich dieses Themas annahm.

SD waren am Ball in dieser Frage

Nebst zahlreichen Artikeln und Vorträgen zu diesem Thema kämpften wir am einen oder anderen Ort sogar im Parlament um diese Sache.

Bereits im Jahr 2004 reichte ich im Baselbieter Landrat eine Motion mit dem Titel «Keine Imam-Ausbildung an der Basler Universität» ein.

Hintergrund war die Ansicht vieler Leute, dass wir in der Schweiz selbst Imame (also Geistliche, die in Moscheen den Koran predigen) ausbilden, welche dann ihren Gläubigen den Islam in einer demokratieverträglicheren Art und Weise vermitteln würden. Selbstverständlich wurde dieser Vorstoss von fast allen Parteien abgelehnt. **Man hatte die brave naive Vorstellung, dass hiermit das Problem der Islamisierung in geordnete Bahnen gelenkt werden könnte.** Und viele Redner der damaligen Landratsdebatte verniedlichten das



Islamistische Ganzkörperverschleierung ist gemäss schweizerischer Rechtsordnung frauenfeindlich und somit verfassungswidrig.

Wir laden Sie ein zur

**ordentlichen Mitgliederversammlung
(Frühlings-Versammlung) der SD Schweiz**

Samstag, 9. Mai 2015, 10.15 bis 15.00 Uhr

Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, Suhr (AG)

Sämtliche SD-Mitglieder sind stimmberechtigt.

Die Parteileitung freut sich auf Sie!

von mir aufs Tapet gebrachte Thema dann auch nach Kräften. Einige verneinten gar, dass dies überhaupt ein Problem sei. **Etwas später brachte dann SD-Grossrat René Kunz als erster Schweizer Politiker ein landesweites Verbot der Körperverschleierung ins Gespräch.** Der Grosse Rat befürwortete sein Anliegen mehrheitlich und forderte auch ein Burkaverbot. Und was dann folgte, war das immer gleiche Geplänkel unserer regierenden «Pseudodemokraten». Schlussendlich wurde diese Aargauer Standesinitiative in Bern be-

erdigt. Man habe dieses Problem schon «im Griff»!

Genau dieses Burkaverbot, aber auch die Imam-Frage, sollten eigentlich dringend einer Lösung zugeführt werden, und zwar im Sinne, dass wir hier in der Schweiz sind und dass bei uns das schweizerische demokratische Recht über allem steht – niemals aber der Koran!

Fortsetzung Seite 2

Die Forderung zur Aufnahme von 100'000 Flüchtlingen missachtet den Volksentscheid zur Masseneinwanderungsinitiative aufs Schärfste und ist daher respektlos und undemokratisch.

Der Islam ist längst bei uns angekommen

Fortsetzung von Seite 1

Immer mehr islamischer Radikalismus

Weiter wurde dieses Thema dann von der Minarettinitiative in der Diskussion gehalten. Und eine Mehrheit des Schweizer Volkes stimmte wenigstens für dieses Verbot! Aber – natürlich wettete die bürgerlich-sozialistische Front dagegen und wollte das ganze Vorhaben gar als völkerrechtswidrig verbieten. Nun gut, wenigstens steht das jetzt in unserer Verfassung! Wir stellten in der Schweiz aber gleichzeitig fest, dass es immer mehr islamistische Tendenzen gab, die als extremistisch einzustufen sind. Beispielsweise wurde der Islamische Zentralrat Schweiz IZRS gegründet. Dessen Mitglieder konsumieren in Moscheen die wörtliche Auslegung des Korans. Und was sind wesentliche Inhalte des Korans? – Beispielsweise

- dass der Koran über dem weltlichen Recht oder Gesetz steht,
 - dass Ungläubige getötet werden dürfen,
 - dass Frauen nicht dieselben Rechte wie Männer haben,
- und so weiter, und so weiter. Schon alleine die Aufzählung dieser wichtigen Grundsätze reicht aus, um extrem wachsam gegenüber islamisch-fundamentalistischen Tendenzen zu sein. Ich will nicht, dass sich unsere Töchter dereinst verhüllen müssen, nur weil unsere Generation zu feige war, sich dieser Forderung entgegenzustellen! Wer solches extrem-islamistisches Gedankengut in unserem Lande und in Europa verbreitet,



Islamische Fundamentalisten befürworten eine Rechtsordnung mit Gewaltstrafen, welche «Scharia» genannt wird.

gehört in seinen Rechten in unsere westlichen demokratischen Schranken verwiesen! Wer zu uns kommen will, hat sich uns anzupassen und sich unseren Gepflogenheiten unterzuordnen! Sonst sollen solche Leute schlicht und einfach wieder gehen!

Keine Landeskirche Islam

In Basel stellt ein sich als gemässigt darstellender Vertreter des islamischen Glaubens bereits die Frage nach der staatlichen Anerkennung des Islams als Religion. Dazu müssten sich die verschiedenen Glaubensrichtungen zu einer generellen Glaubenslinie verpflichten. Der Mann hat Basel ausgewählt, weil dort der Ausländeranteil bereits rund 35 Prozent ausmacht. Und Kleinbasel wird von gewissen Leuten gar lieblich als «Kleinistanbul» bezeichnet. Notabene ist der Islam in Basel auch sehr stark vertreten. Wehret diesen Anfängen. Wir alle müssen wachsam sein und aktiv werden,

wenn der Islam zu einer Landeskirche werden soll. Das wäre der Anfang vom Ende unserer christlich-abendländisch geprägten Kultur, zumal das fundamentalistische Gedankengut innerhalb der muslimischen Religion immer noch eine elementare Bedeutung hat. Diese ideologische Ausrichtung des Islams hat sich auch zum Ziel gesetzt, sich weltweit zu verbreiten.

Wenn der islamische Fundamentalismus einmal in staatlich tolerierten Formen um sich greifen kann, dann werden wir als Schweizerinnen und Schweizer mit allen unseren geistigen Werten direkt bedroht sein.

Der Terror greift um sich

Während die Organisation Islamischer Staat in Arabien einen grausamen Totalvernichtungskrieg führt und in diversen Län-

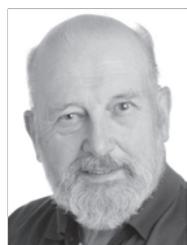
dern wie Frankreich, den Niederlanden, Belgien oder Kanada im Namen des Islams bereits erste Terroranschläge verübt werden, weiss die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nichts Gescheiteres zu erklären als «Der Islam ist ein Teil von Deutschland». Mit solchen ungeschickten Äusserungen erhält der Islam natürlich zusätzlichen Auftrieb. Das ist eine direkte Ermunterung, von Deutschland und Europa und damit auch unserer Schweiz Besitz zu ergreifen! Solche Reden schwächen unsere demokratisch-westliche Position erheblich.

Weiter sei daran erinnert, dass auch aus der Schweiz bereits einige Gläubige in den Heiligen islamischen Krieg gezogen sind.

Und in diesen Tagen wurde von extremistischen Islamisten über den in Bern predigenden gemässigten Imam-Prediger Mustafa Memeti eine Fatwa verhängt. Extremistische Imame haben demzufolge die islamischen Gebete dieses Imams als ungültig erklärt. Nun erhält dieser Imam böse Drohungen. Und damit wären wir wieder beim Beginn dieses Artikels, der auch aufzeigt, wie naiv es ist, zu glauben, dass wir auf die Glaubensauslegung des Korans einen Einfluss ausüben können.

Es ist offensichtlich, dass wir den Staatsschutz, die Polizei und unsere Armee stärken müssen, um für den Fall bereit zu sein. Der Islam ist bereits mitten unter uns. Eidgenossinnen und Eidgenossen: Seid wachsam und kämpferisch!

Wir werden über den Tisch gezogen



Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Wissen Sie was TTIP, THIP und TISA bedeutet? Nein – dann sollten Sie sich das schleunigst merken! Denn unter diesen geheimnisumwitterten Titeln ist unsere Regierung (der Bundesrat!) daran, unsere Freiheit und Souveränität endgültig an die amerikanischen

Grosskonzerne zu verschachern, und zwar angeblich im Interesse unserer Wirtschaft und der Rechtsgleichheit (von wem?). Seit Mitte 2013 nimmt die Schweiz an geheimen Verhandlungen des «Transatlantic Trade and Investment Partnership», auch Transatlantisches Freihandelsabkommen (in deutscher Sprache mit THIP abgekürzt) oder Transatlantische Handels- und Industriepartnerschaft genannt, teil. TISA heisst ein weiteres Verhandlungswerk («Trade and Service Agreement»), welches alle nationalen Dienstleistungsmärkte für ausländische Investoren öffnen soll.

Einheimische Landwirtschaft würde ruiniert

Das geplante Abkommen soll vor allem den Interessen der Konzerne und Finanzinvestoren, die in den bisherigen Verhandlungen absolut dominant ihre Anliegen vertreten, dienen. Im Sinne einer Harmonisierung gilt der jeweils wirtschaftsfreundlichste Standard aller beteiligten Einzelstaaten als Basis für die verbindliche Norm.

Mit TTIP würden die internationalen Agrarkonzerne Europa und damit auch die Schweiz mit Niedrigpreisen überrollen.

Als schon einmal auf Druck der Grossindustrie der Agrarfreihandel in Europa eingeführt wurde, führte dies innert 10 Jahren zum Untergang von rund 100'000 Landwirtschaftsbetrieben. Ähnliches würde jetzt mit TTIP wieder passieren.

Investoren diktieren Nationalstaaten

Die Investoren sollen gegen Einzelstaaten klagen können, wenn nur ein Verdacht auf Gewinneinbussen besteht. Dabei sind die Vorschriften über Lebensmittel, die

Fortsetzung Seite 3

Grenznahe Firmen planen, Löhne in Euro auszuzahlen

...Grenzgänger und teilweise auch Schweizer sollen Lohnsenkungen oder Eurolöhne akzeptieren. Dies ist ein einmaliger Cocktail aus Ignoranz, Arroganz und dümmlicher Hysterie! Die Herkunft solcher abstrusen, an die untergründigste Emotionalität appellierenden Töne lässt sich richtungsmässig gut ergründen, wenn man sich an die beispiellose Arroganz und tendenziöse «Argumentation» des Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Daniel Lamprecht, in der letzten «Arena» erinnert. Er nutzte die Gelegenheit für einen kindischen kleinen Racheausritt an den ehemaligen UBS-Chef Oswald Grübel, der sich korrekt der Sachdiskussion stellte. Undiszipliniertes, vom Moderator nicht gebremstes Dreinreden in die Voten der Befürworter des Entscheides der Schweizerischen Nationalbank erinnert an die gemeinsamen kulturellen «Diskussionsgene» mit islami(sti)schen Vertretern in den entsprechenden Diskussionssendungen wie «Club», «Arena» oder «Infrarouge».

Bisher galt in der Marktwirtschaft relativ einfach; wer ein gutes Produkt, für das Nachfrage besteht, auf den Markt wirft und dafür für die wertschöpfende Arbeit anständige Löhne zahlen kann, ist erfolgreich.

Gute Beispiele dafür gibt es in der Schweiz dank entsprechenden Anstrengungen, Innovationsgeist und Motivation genügend, **nur zwei ak-**



Langfristig betrachtet hat die Nationalbank mit der Abkopplung des Schweizer Frankens richtig gehandelt.

tuelle Beispiele: Uhrenindustrie und Pilatuswerke (spielen da die Preise oder die Frankenstärke eine Rolle?).

Gewerkschaften auf Abwegen

Der «Tagesanzeiger» veröffentlichte unter anderem auch einen Artikel mit dem Titel «Inländervorrang in Spitälern kostet bis zu 200 Millionen». Man wähnt den gleichen politischen Küchenduft zu erkennen... Hinter der suggestiven Behauptung, deren sachliche Hinterfragung hier zu viel Platz in Anspruch nehmen würde, flackert die Fackel der radikalen «Lösung»: «Raus mit den teuren Inländern, sprich Schweizern – ab in die wirt-

schaftspolitische Euro-Pampa, und damit endlich freie Fahrt des billigen Sklavenimports für die von den Gewerkschaften fleissig hofierten internationalen Kapitalinvestoren.» Hinter dem ersten Bühnenbild des Theaters steht ein zweites, ideologisch unverrückbares; die definitive Lösung der «Schweizfrage»! Gewerkschaften, vor allem ihre obersten Bonzen, geben vor, den einfachen Arbeitnehmer zu vertreten und zu schützen. **Wer aber bezahlte effektiv mit einer künstlichen, unerhörten Teuerung über Jahre eine so gigantische, wie für die Volkswirtschaften (der kränkelnden Eurozone wie Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland usw.) wirkungslose Subvention aus seinen Arbeitslöhnen, Renten und Erspartem? Eben wir alle, inklusive diejenigen, die es sich problemlos leisten können, was aber keine moralische Rechtfertigung ergibt!** Dazu noch ein paar Erinnerungen: Der Vorgänger von SNB-Chef Thomas Jordan, Philipp Hildebrand, hatte am 6. September 2011 den umstrittenen Entscheid getroffen, den Franken an die synthetische Krisenwährung Euro anzubinden, um eine sich ständig abzeichnende Besserbewertung des Frankens gegenüber dem Euro für die Wirtschaft «erträglicher» zu machen. Doch – wie immer, wenn einer etwas bekommt, muss ein anderer dafür bezahlen!

Wohlstand dank starkem Franken

Schon im Juli 2014 hatte Prof. Hans Geiger, Bankenspezialist, gewarnt: «Durch die Anbindung des Schweizer Frankens an den Euro

wird der Franken auch international schwächer und der Export wird angekurbelt (Mehr Arbeitsplätze – mehr Einwanderung, mehr Infrastrukturkosten für die Allgemeinheit – Fazit von Alexander Steinacher). **Das ist aber unerwünscht, unsere Exportwirtschaft läuft schon auf Hochtouren. ... Für die Schweiz, vor allem für die Schweizerische Nationalbank SNB, stellt sich die schwierige Frage, wie und wann sie sich aus der Verstrickung mit dem Euro lösen kann.** Ich nehme an, dass die Spitze der SNB für diese Frage gewappnet ist und einen Notfallplan in der Schublade hat...»

Im Januar schrieb Prof. Geiger (in der «Schweizerzeit») unter anderem:

«Mit der starken Währung ist seither eine einzigartig erfolgreiche Wirtschaft verbunden. Innovative und wettbewerbsfähige Unternehmungen, Vollbeschäftigung und hoher Wohlstand sind das Ergebnis dieser Politik.»

Teure Solidarität

Der Übergang zu einer Politik des schwachen Frankens war im Herbst 2011 zwar vorteilhaft für die Exportwirtschaft, den Tourismus und die Schuldner. **Sie war und bleibt aber schlecht für die Konsumenten und Sparer, für die Importe und für die Rentner. Und sie führte zu hohen Preissteigerungen am Immobilienmarkt – Mieten.** – Gewerkschaftsbosse: Hört die Signale! «Dass die Nationalbank den Schweizer Franken langfristig an das Wohlergehen einer kranken Währung binden will, ist unverständlich. **Da scheinen europophile Solidaritätsgefühle im Spiel zu sein» (Ist die Finanzierung dieser europahilen Solidaritätsgefühle unsere moralische Pflicht?).** – Und weiter Prof. Geiger: «Für Europhilie hat es im Mandat der SNB keinen Platz!» **Deshalb SNB-Chef Thomas Jordan: Aufgabe zugunsten der Schweiz hervorragend und verantwortungsbewusst gelöst!** Heute gibt die Nationalbank ergänzend zu Jordans Erklärungen bekannt:

«Der Euro-Mindestkurs hätte im Januar 100 Milliarden Franken gekostet! – Milliardenbeträge sind täglich ohne Aussicht auf ein Ende rausgegangen!»

Wir werden über den Tisch gezogen

Fortsetzung von Seite 2

Landwirtschaft, den Datenschutz, die pharmazeutischen Produkte und den Umweltschutz im Fokus. Allfällige Klagen sollen von nicht-staatlichen Schiedsgerichten abgehandelt und geheim gehalten werden. **Berufungsmöglichkeiten sind nicht vorgesehen.** Sollte dieser Vertrag in Kraft treten, haben – die nationalen Parlamente nichts mehr zu sagen; – wird der Lobbyismus auf die Spitze getrieben; – werden wir regelrecht im Interesse der Grossinvestoren verklärt.

Was denkt sich eigentlich unser Bundesrat – will er eine Wirtschaftsdiktatur statt unserer bewährten föderalen Demokratie installieren?

Der Wohlstand kann auch teuer zu stehen kommen – deshalb fordern wir: Hände weg von solchen Verhandlungen, die letztlich amerikanische Grosskonzerne zu Oligarchen der freien Welt machen.

Eine Studie für Europa kommt zum Ergebnis, **dass bis 2025 583'000 Arbeitsplätze verloren gehen werden, sollte das Vertragswerk in Kraft treten.** Eine massive Rezession für Europa würde unausweichlich. Das TTIP ist nämlich nicht – wie behauptet wird, mehr Freiheit im Markt, **sondern Macht ergreifung der US-Monopole in Europa!**

Dies schreibt Prof. Dr. Eberhard Hamer in einem Artikel unter dem Titel «TTIP: Knickt die Politik vor den Konzernen ein?». Dem ist nichts beizufügen.

Parolen zum Urnengang vom 8. März

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 8. März 2015 beschlossen:

**Nein zur Volksinitiative
«Familien stärken! Steuerfreie
Kinder- und Ausbildungszulagen»**



Für Kinder von einkommensschwachen Eltern ist die Initiative nutzlos.

Die Initiative verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen vollumfänglich steuerfrei sind. Diese belaufen sich in jedem Kanton auf mindestens Fr. 200.– respektive Fr. 250.–. Eine solche Entlastung bei den Einkommen hätte für den Fiskus Ausfälle in der Höhe von einer Milliarde Franken (die Kantone etwa 760 Millionen und der

Bund etwa 200 Millionen) zur Folge, wobei insbesondere mit Schulden behaftete Kantone davon betroffen wären. Zudem verhilft das Anliegen lediglich den finanzstarken Familien zu einer spürbaren Wohlstandssteigerung, zumal bereits mit den heutigen zahlreichen Abzugsmöglichkeiten rund die Hälfte der Haushalte mit Kindern aufgrund tieferer Einkünfte keine direkte Bundessteuer bezahlt. Auch die Schweizer Demokraten (SD) erkennen sowohl die demografische Situation der Schweiz als auch die finanziellen Bedürfnisse, welche für werdende Eltern entstehen.

Daher sollten im Rahmen einer nachhaltigen Familienförderung die kantonalen Zulagen flächendeckend auf ein wirksames Niveau angehoben werden.

Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

**Nein zur Volksinitiative
«Energie- statt Mehrwertsteuer»**

Mit diesem Anliegen wollen die Initianten eine Energiesteuer als Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energieträgern einführen.



Im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer, welche die wohl wichtigste Einnahmequelle des Bundes (über ein Drittel sämtlicher Einkünfte) darstellt, abgeschafft werden.

Daraus entstünden überdurchschnittlich starke Preisanstiege, zumal die Mehrwertsteuer sonst nicht ohne Verluste für den Fiskus zu ersetzen wäre.

Könnte man tatsächlich die Förderziele mittel- oder langfristig erreichen, so bliebe nur noch die Möglichkeit einer teilweisen Besteuerung von ökologischen Energieformen, was nicht im Geringsten dem ursprünglichen Zweck der Reform entsprechen würde.

Letztlich müssten einkommensschwache Haushalte bezüglich ihres Budgets prozentual am meisten bezahlen.

Die Schweizer Demokraten (SD) respektieren die gute Absicht dieses Begehrens und befürworten auch die vom Bundesrat beschlossene Energiewende. Eine Finanzierung mithilfe zusätzlicher Mittel aus der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV), Energieabgaben mit der Möglichkeit einer Rückerstattung sowie Fördermassnahmen für Motorfahrzeuge mit tiefem Treibstoffverbrauch sind anzustreben. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

SD-Zentralvorstand

Die «armen» Asylanten

Immer wieder versuchen sogenannte «Hilfsorganisationen» wie Caritas, HEKS, Brot für alle usw. sowie ihre Mitläufer das Mitleid der «reichen» Schweizer für die ach so armen Asylanten aus aller Herren Ländern zu wecken. Ganz abgesehen, dass unser Asylgesetz explizit für «an Leib und Leben Verfolgte» vorgesehen ist und nicht für Asylschmarotzer, die von überall in die «reiche» Schweiz strömen. Für solche Leute ist das Asylgesetz gerade nicht vorgesehen.

Aber nun zum Titel über die «armen» Asylanten. In der «Aargauer Zeitung» war ein beinahe viertelseitiger Artikel zu lesen mit dem Titel «Die Hochzeit endete mit einer Massenschlägerei». Vor dem Bezirksgericht Aarau standen drei prügeln tamilische Hochzeitsgäste (unter anderem wurde eine Whiskey-Flasche verwendet, die einem Tamilen ins Gesicht (!) ge-



Tamilische Migranten und Asylbewerber (Bild: tamilische Hochzeit) sowie auch Flüchtlinge aus anderen Ländern sind keineswegs immer von Armut betroffen.

schlagen wurde). Alle drei wurden für schuldig gesprochen (über die lächerlichen «Strafen» lesen Sie

am Schluss). Wenn sich Tamilen gegenseitig die Köpfe blutig schlagen, könnte das uns Schweizern ja

grundsätzlich egal sein. Aber interessant ist in diesem Artikel Folgendes: In der Turnhalle Rohr (bei Aarau) feierten im März 2010 200 tamilische Gäste eine Hochzeit.

Wie viele Schweizer können sich eine solche Hochzeitsfeier leisten?

Und nun zu den eingangs erwähnten «Strafen»: Die drei Angeklagten erhielten samt und sonders bedingte Geldstrafen wegen «Raufhandels» beziehungsweise wegen einfacher Körperverletzung.

Solche «Strafen» werden wohl einen «sehr grossen» Eindruck hinterlassen. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Schweiz weltweit als Paradies für Asylanten bekannt ist.

*Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

In der heutigen Multikultur müssen auch Ausländer der dritten Generation individuell überprüft werden. Daher Nein zur automatischen erleichterten Einbürgerung von «Terzos»!

Terroranschläge in Frankreich: Demokratie auf dem Prüfstand

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen die äusserst blutigen und barbarischen Attentate in Frankreich mit absoluter Fassungslosigkeit zur Kenntnis. Bei diesen Aktionen handelt es sich um einen Frontalangriff auf westeuropäische demokratische Grundwerte.

Mit grosser Beunruhigung müssen wir feststellen, dass in Europa in letzter Zeit mehrere geplante Attentate nur knapp verhindert werden konnten.

Zum Anschlag auf die Zeitung «Charlie Hebdo» gilt es Folgendes festzuhalten: Humor und Satire gehören seit jeher zu unserer freiheitlich geprägten Politikultur und haben vor allem im französischen Sprachraum in Form von provokativen Karikaturen eine lange Tradition.

In einem solchen Umfeld dürfen auch alle Bürgerinnen und Bürger ihre freie Meinung äussern, was als oberstes Gebot zu verstehen ist.

Forderungen beweisen Islamisierung

Für die Schweizer Demokraten beweisen diese Terroranschläge einmal mehr die schleichende Islamisierung, welche in der Schweiz und in ganz Europa beobachtet werden kann.

Das Augenmerk muss sowohl auf den fundamentalistischen Islamischen Zentralrat Schweiz (IZRS) als auch auf gesellschaftlich-kulturelle Forderungen von muslimischen Migranten gerichtet sein.

So sollen etwa islamische Kindergärten, Dispense vom Schulunterricht (unter anderem Schwimmunterricht), Ganzkörperverschleierungen von Frauen (hauptsächlich Burka) oder das Schächten von Tieren nicht toleriert werden. Zudem sind Beschneidungen von Mädchen mit voller Härte des Gesetzes zu sanktionieren.



Nicolas Blancho und sein Islamischer Zentralrat Schweiz sind die treibenden Kräfte einer schleichenden Islamisierung.

Wir erwarten von unseren Regierenden, dass sie unser Rechtssystem, unsere abendländische Kultur und unsere schweizerische Lebensweise vorbehaltlos verteidigen.

Zudem treten wir in der Schweiz für eine Verschärfung des Staatsschutzgesetzes ein!

SD-Redaktion

Die Ringelnatter: Tier des Jahres 2015

Pro Natura hat die Ringelnatter, eine Schlangenart, weil sie auf der Liste der bedrohten Tierarten der Schweiz steht, zum Tier des Jahres 2015 gewählt.

Der Lebensraum der Ringelnatter wird leider ständig enger, da amphibienreiche Gewässer immer seltener sind.

Ringelnattern leben am liebsten in und an Tümpeln, ernähren sich von Fröschen, Kröten, Molchen, Salamandern und Fischen. Sie sind äusserst scheu und ungiftig! Die Weibchen können bis 1.40 m lang werden, die Männchen dagegen erreichen meist nur eine Körperlänge von einem Meter. Man erkennt sie an den beiden hellen, halbmondförmigen Flecken im

Nacken, obwohl diese nicht bei allen Tieren gut zu erkennen sind. Sie kommen in allen Regionen der Schweiz, ausser in den Alpen und in einzelnen Teilen des Juras, vor. **Es wäre ein Verlust für unsere einheimische Tierwelt, wenn die harmlose Ringelnatter aussterben würde.**

Pro Natura ruft deshalb dazu auf, die noch verbleibenden Weiher,

Tümpel und Teiche zu erhalten und neue zu schaffen.

Über hundert Tümpel hat Pro Natura in den vergangenen beiden Jahren erstellt, um den Lebensraum für bedrohte Tiere zu erweitern.

SD-Redaktion

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Schweiz: ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung), Samstag 9. Mai 2015, 10.15 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.



SD Kanton Bern: ordentliche Mitgliederversammlung, Dienstag 14. April 2015, um 19.00 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Hal-

testelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Weitere Infos über Tel. 079 602 77 41.

SD Stadt Bern: Höck: (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkleried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.



Lucern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mitt-

woch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am Donnerstag, 26. Februar 2015, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch

Schweizer Recht vor fremdem Recht

Ende November feierte die Schweiz den 40. Jahrestag des Beitrittes zur Europäischen Menschenrechtskonvention, kurz EMRK genannt, jedoch nicht zur Freude aller Schweizer. **Die EMRK besteht seit dem 3. September 1953 und die Schweiz ist am 28. November 1974 ohne Volksabstimmung beigetreten.** Inzwischen gibt es 47 europäische Mitgliedsstaaten. Bedingung für einen Beitritt ist, dem Europarat anzuhören. Dies ist die älteste und grösste zwischenstaatliche europäische Organisation, welche 1949 in London gegründet wurde. Die Schweiz ist seit 1963 Mitglied. Die Europäische Menschenrechtskonvention beinhaltet einen Katalog der wichtigsten Freiheitsrechte und garantiert jeder Einzelperson das Recht auf eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, **wenn sie sich durch Behörden oder den Staat in ihren Menschenrechten benachteiligt fühlt.**

Volksentscheide nicht umgesetzt

In letzter Zeit verstärkt sich die Kritik vieler Schweizer an den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Von 1974 bis 2013 wurden insgesamt 5611 Beschwerden aus der Schweiz geprüft, jedoch in nur 87 Fällen eine Verletzung der Konvention festgestellt. Hauptsächlich handelte es sich um Ausschaffungen oder Rückweisungen von Asylbewerbern. **Auch aktuelle Volks-**

initiativen, die nur zögernd oder gar nicht umgesetzt werden, weil sie angeblich gegen das Völkerrecht verstossen, erregen immer mehr den Unmut der Stimmbürger.

Die kritischen Stimmen werfen dem Menschenrechtshof vor, die Entscheide würden zu stark in unser Rechtssystem eingreifen, ja der Volkswille werde ausgehebelt.

Im Konfliktfall hat immer das Völkerrecht gegenüber dem Landesrecht Vorrang; die Urteile müssen von den Beitrittsstaaten zwingend vollzogen werden. Viele Stimmbürger betrachten dies als Fremdbestimmung und möchten, **dass die Bundesverfassung Priorität hat.**

Volksinitiative gegen «fremde Richter»

Die SVP will eine Volksinitiative mit dem Titel «Schweizer Recht geht fremdem Recht vor» lancieren. **Sie möchte unsere Bundesverfassung zur höchsten Rechtsquelle erklären und den Einfluss des Völkerrechtes auf die Schweizer Rechtsordnung einschränken. Die Menschenrechte würden dadurch nicht verletzt.** Das zwingende Völkerrecht soll weiterhin vorbehalten bleiben. Dazu zählen Gewalt, Sklavenhandel, Zwangsarbeit, Völkermord, Recht auf Leben und Schutz vor Folter. Diese Bestimmungen sind im Wiener Über-



Oftmals bricht der Europäische Menschenrechtshof in Strassburg schweizerisches Recht.

einkommen von der internationalen Staatengemeinschaft im Jahr 1969 angenommen worden.

Sollte die Ausschaffungsinitiative oder die entsprechende Durchsetzungsinitiative nicht umgesetzt, sondern für ungültig erklärt werden, möchte man einen sofortigen Austritt aus der EMRK.

Auch Bundesrat Ueli Maurer vertritt die Meinung, dass die Menschenrechtskonvention mit der Souveränität der Schweiz nicht kompatibel sei und verlangte daher Ende November 2014, dass der Bundesrat dem Parlament formell die Kündigung der EMRK beantragen solle. In einem Communiqué des Gesamtbundesrates war später zu lesen «Eine Kündigung der EMRK sei keine Option», ohne

aber Ueli Maurers Antrag auch nur zu erwähnen.

Auch die Schweizer Demokraten (SD) sehen unsere Souveränität durch internationale Verträge zunehmend gefährdet und betrachten dies als Schwächung der Demokratie.

Sämtliche Abkommen, welche im Rahmen von übergeordnetem Recht abgeschlossen wurden, sind, sofern sie mit unseren Verfassungsbestimmungen im Widerspruch stehen, umgehend zu kündigen. Daher werden die SD sicherlich jegliche Volksinitiativen mit einer solchen Zielsetzung unterstützen.

*Margrit Neukomm,
Mitglied Parteileitung der
SD Schweiz, Bern*

Grösserer Ärger über Postagenturen

Ich kann Nationalrat Rudolf Joder verstehen, dass er in Postfilialen kein Katzenfutter, Gummibärchen oder Duschköpfe kaufen will. Den viel grösseren Ärger bereiten jedoch die zahlenmässig steigenden Postagenturen, **welche in Lebensmittelläden und Bäckereien in erbärmlicher Aufmachung daherkommen.**

Spürbarer Leistungsabbau

Die Post als Dienstleistungsbetrieb des Bundes ist verpflichtet, **die Grundversorgung und ein flächendeckendes Poststellennetz zu gewährleisten.** Zu dieser Grund-

versorgung gehören auch Bareinzahlungen per Einzahlungsschein.

Wenn Bareinzahlungen in Postagenturen nicht angenommen werden, so ist das bezüglich des Auftrags der Post eindeutig illegal.

Auch Münzgeldrollen und gewisse Briefmarken sind bei vielen Postagenturen nicht erhältlich. So wird auch immer wieder bemängelt, dass an den Postomaten (Postfinance) nur ein kleiner Bargeldbetrag auf einmal bezogen werden kann und dass Postschliess-

fächer an bestimmten Orten nur noch während der Ladenöffnungszeiten, also sehr eingeschränkt, zugänglich sind. **So werden wir auch in unserem äusserst bevölkerungsreichen Basler Gellert-, Lehenmatt- und Breitequartier nur noch mit drei Postagenturen sehr schlecht bedient.**

Bareinzahlungen wieder ermöglichen

Nationalrat Joder sollte mit seinem Vorstoss betreffend Einschränkung von nicht postalischen Verkaufsartikeln in Poststellen lieber die grösseren Probleme, welche die

Post durch ihre Kahlschlagpolitik zurzeit verursacht, bekämpfen: Dabei wären die zuvor bereits angesprochenen nicht mehr möglichen Bareinzahlungen in Postagenturen zu erwähnen.

Gerade während der momentan angespannten finanzpolitischen Lage gilt folgender Grundsatz: Nur Bares ist Wahres und Plastik- oder virtuelles Geld stellt keine sichere Alternative dar!

*Marcus Stoercklé jun.,
Basel*

Die SD bedauern den Entscheid der verantwortlichen Nationalratskommission. Dschihadistische Aktivitäten erfordern aus Gründen der Staatssicherheit die zwingende Ausbürgerung solcher Personen.



La Révolution des peuples jeunes

L'œuvre de ce nationaliste allemand (1876–1925) se singularise davantage par ses aspects étrangement visionnaires que par l'élaboration d'une théorie idéologique dont il se défendait par ailleurs. Dans son ouvrage, l'auteur constate d'abord (la Première Guerre mondiale vient de s'achever) que celle-ci n'a pas été déclenchée pour des raisons matérielles, mais idéologiques. Que si l'Allemagne n'a pas d'idées pour combattre, elle a davantage que ça: des idéaux (...) Il oppose les peuples vieux (Angleterre, France, etc. ...) aux peuples jeunes (Allemagne, Russie) dans un combat qui est celui des idéaux contre les idées. Seuls les peuples jeunes sont à même de poser les problèmes. Les peuples vieux n'ayant à opposer que de vieilles idées surannées, érigées en dogmes.

Il constate que «les idées sont devenues un appel publicitaire en faveur des intérêts des Partis dont le groupe des puissances occidentales s'est servi à ses fins». Son pangermanisme ne se veut pas agressif, mais coopératif. Les deux plus grands peuples d'Europe (Allemagne et Russie) sont l'axe de cette coopération. Il affirme que: «Toute Révolution est nécessairement conservatrice. Ce qui est révolutionnaire aujourd'hui, sera conservateur demain (...) La question est de savoir si le conservateur devra triompher de la Révolution, ou si la révolutionnaire trouvera lui-même le chemin du conservatisme.»

Il règle ses comptes au communisme et, toujours extraordinairement visionnaire: «Le bolchevisme a été une tentative pou (sic) et n'a eu,

russe comme il était, que l'effet d'un nihilisme mis en application» (le livre est publié en 1923!). Toute l'erreur du socialisme réside dans cette seule phrase de Marx: «C'est pourquoi l'humanité ne se pose jamais que les problèmes qu'elle veut résoudre.» Non, répond-il, l'humanité ne s'est toujours posé que les problèmes qu'elle ne sait pas résoudre. C'est là sa grandeur. Là réside le génie qui la guide. Là réside le démon qui l'anime. «S'agit d'une analyse précise des stratagèmes (dans le texte) employés par Marx pour circonvenir les hommes (qu'il voulait aider par ailleurs, reconnaît-il).» Il les a pris par leurs appétits tout à fait grossiers, matériels et quotidiens. «Dans toute son œuvre (celle de Marx), il n'y a pas une seule parole d'amour pour les hommes: on y voit flamboyer, comme des brûlots, des explosions de haine, de vengeance, d'esprits de représailles.» «La conception matérialiste de l'Histoire, qui ne donne pas la préséance à l'homme mais à l'économie, est tout bonnement un renoncement à l'Histoire» et, péremptoire: «Une conception matérialiste de l'Histoire qui conteste à l'esprit sa souveraineté, fait passer les valeurs de l'esprit après toutes les autres et les tient dans la dépendance de la matière, aboutit assurément, pour ce qui est de son idéal politique, à une société socialiste après la réalisation de laquelle l'humanité n'a désormais pour tâche unique que de veiller à la régularité de sa digestion. On reconnaîtra un jour que la grande indignité du XIXème siècle aura été d'avoir fait de l'estomac la mesure de l'humain.» Mais, en même

temps, il propose la synthèse de tous les systèmes de pensées allemands (de l'idéalisme au marxisme) pour armer par davantage de méthode d'investigations les peuples jeunes dans leur combat pour l'avenir. Il cite Washington: «qui a revendiqué le droit d'une nation jeune contre les prétentions d'une nation vieille.» «Il a imposé l'Amérique contre l'Angleterre» dont il met en relief l'hégémonie coloniale dans l'immédiate après-guerre et précise: «Le droit des peuples vieux est un privilège capitaliste. Le droit des peuples jeunes est un droit social. Ce n'est qu'à l'intérieur d'un monde qui a un ordre politique national que l'on peut fonder une vie obéissant à un ordre politique socialiste. Le droit des peuples jeunes, comme le principe de la justice.» Dans cette perspective, il préconise «qu'il faut impérativement organiser les conditions sociales sur une terre devenue (déjà!) trop petite pour l'humanité.»

Sur les causes de la Première Guerre mondiale: «L'Angleterre a souhaité la guerre. Elle ne l'a pas provoquée, mais elle l'a intimement voulue, diligentée et préparée; elle a seulement donné aux puissances qui ont provoqué la guerre, la France et la Russie, le courage dont elles avaient besoin pour réaliser leur projet et qu'elles n'auraient jamais eu sans la certitude de l'aide anglaise.» Préfiguration de ce qui déclenchera la seconde. Aux européens convaincus de méditer ceci: «Les alliés (14/18) poursuivent leur but particulier non sans courir le risque que cette coalition soit confrontée à l'éventualité de finir com-

me a fini jusqu'à ce jour toute coalition: soit par une insurmontable divergence d'intérêts qui mène à l'éclatement sitôt que l'on est en présence du butin!»

Sur un plan philosophique, il prédit que le XXème siècle reprendra à son compte la philosophie groupée autour de Kant, en y associant Hegel, Schopenhauer et Nietzsche dont les systèmes et les points de vue ne s'excluent plus aujourd'hui, mais qui se complètent plutôt. Et, plus actuel que jamais: «Les races sont la première cause de l'Histoire.» Plus loin: «Nous entrons dans une ère de luttes raciales et la décision qui en résultera en définitive aura trait à la maîtrise du monde.» «Il appartient, dit-il, d'imposer et de consolider en tous lieux non point les défauts, mais les vertus de la race.» Par extension, des Etats-Unis, il est empreint d'un optimisme exagéré, mais surtout d'acception laudative pour les vertus américaines d'alors. Il n'a pas ici, pour une fois, anticipé l'avenir de cet Eldorado plein de promesses que le destin calamiteux de notre continent lui obstruait sans doute au travers de préoccupations bien légitimes (...)

Nous renvoyons le lecteur au livre lui-même pour l'analyse exhaustive de cet auteur méconnu, dont la sagacité aurait pu éviter au monde la boucherie qui arrive et croyons qu'il serait réducteur de le circonscire à partir de citations éradiquées arbitrairement des thèmes courageusement abordés, solidement étayés.

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Attentats terroristes en France: la démocratie mise à l'épreuve

C'est dans la stupeur la plus totale que les Démocrates suisses (DS) ont pris connaissance des attentats sanglants, d'une barbarie extrême, qui ont été perpétrés à Paris. Ces actions constituent une attaque frontale contre les valeurs fondamentales des démocraties occidentales.

Un constat très alarmant s'impose par ailleurs: plusieurs attentats n'ont été évités que de justesse ces derniers temps en Europe.

Que faut-il retenir de l'attentat commis contre l'hebdomadaire «Charlie Hebdo»? L'humour et la satire ont de tout temps fait partie de notre culture libérale de la politique et s'inscrivent, notamment dans les pays francophones, dans une tradition de longue date sous forme de caricatures provocantes. **Dans ce contexte, tout citoyen peut aussi exprimer librement son opinion; c'est là un principe cardinal.** Les DS considèrent ces attentats terroristes comme une preuve supplémentaire de l'islamisation insi-

dieuse que l'on peut observer en Suisse et dans toute l'Europe.

À cet égard, l'attention doit être fixée, dans notre pays, aussi bien sur le Conseil central islamique suisse (CCIS), organisation fondamentaliste, que sur les revendications socioculturelles des immigrés musulmans.

Par exemple, les jardins d'enfants islamiques, les dispenses de cours (de natation, entre autres), le voile intégral (burka principalement) et

l'abattage rituel d'animaux ne doivent pas être tolérés. Les excisions des fillettes doivent en outre être punies avec toute la rigueur de la loi.

Nous attendons de nos dirigeants qu'ils défendent sans réserve notre système juridique, notre culture occidentale et notre mode de vie suisse.

De plus, nous préconisons, en Suisse, un durcissement de la loi sur la sûreté intérieure.

DS Suisse

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Aufnahme von 100'000 Flüchtlingen: Unüberlegt und verantwortungslos

Eine Vielzahl schweizerischer Flüchtlingsorganisationen fordert zusammen mit dem Grünen Nationalrat Balthasar Glättli den Bundesrat auf, 100'000 Menschen aus Syrien aufzunehmen. Diese Forderung lässt jegliche Vernunft vermissen, zumal die erwähnte Anzahl einer grösseren Schweizer Stadt, beispielsweise Winterthur, entspricht.

Die Zuwanderung würde sich bei Einbezug der jährlichen Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung mindestens verdoppeln.

Insbesondere die letzten beiden Jahre stellten das Asylwesen aufgrund der hohen Gesuchzahlen vor beinahe unlösbare Aufgaben, wobei die vorhandene Infrastruktur zur Unterbringung von Asylbewerbern kaum ausreicht. Dabei wären langfristige Einrichtungen erst recht nicht vorhanden.

Für die Schweizer Demokraten (SD) haben zum einen die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und zum anderen die schnellstmögliche Errichtung von Bundeszentren Priorität (beides

Volksentscheide). Grundsätzlich sollten zukünftig die Kantone und Gemeinden vollumfänglich von ihren Zuständigkeiten im Asylbereich befreit werden.

Die SD sehen die humanitäre Verantwortung der Schweiz primär in der Entwicklungshilfe vor Ort und nicht in der Massenmigration.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

USA: Macht vor Recht

Die unmenschlichen Folterungen (auch von Unschuldigen) der USA sind unbestritten. Von verschiedenen Seiten wird daher verlangt, dass die Täter vor Gericht gestellt werden. Das ist allerdings reines Wunschdenken, **denn kein amerikanisches Gericht wird Täter, die in offizieller Mission foltern oder töten, jemals verurteilen.**

Der IGH (Internationaler Gerichtshof) wird von den USA wohlweislich nicht anerkannt.

Auch die im Ausland begangenen Verbrechen der CIA bleiben somit ungesühnt.

Skrupellose Interessenpolitik

Seinerzeit marschierten die USA ohne UNO-Mandat unter einem Vorwand in den Irak ein und er-

möglichten die Beseitigung des Diktators Saddam Hussein. Sie hinterliessen jedoch den Irak in einem Zustand, **der für die dortige Bevölkerung schlimmer als die vorherige Diktatur war.**

Auch gehört die Spionagetätigkeit gegen befreundete Nationen zu den normalen amerikanischen Gepflogenheiten.

Die Amerikaner haben die Bezeichnung «rogue state» (Schurkenstaat) erfunden. Diese Bezeichnung dürfte aber mit der Zeit auch auf die USA selbst zutreffen. Es bleibt daher zu hoffen, dass die USA ihre Rolle als «Weltpolizist» bald ausgespielt haben.

Otto Weiersmüller,
Uetikon

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben.

Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben.

Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern
Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an folgende Person wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch